

Bogdan Koszel

Deutschland, die EU und der vergessene Transnistrien-Konflikt¹

1. Hintergrund des Konflikts

Das Gebiet von Transnistrien ist eine spezifische Enklave links des Flusses Dnister (Russisch Dnjestr), die sich kulturell und historisch vom benachbarten Moldawien unterscheidet. Die osmanischen Eroberungen und die anschließenden Teilungen Polens führten dazu, dass der Dnister zu einem Grenzfluss zwischen dem russischen und dem türkischen Reich wurde. Infolge der Schwächung der Türkei auf internationaler Ebene und der Stärkung Russlands nach dem siegreichen Krieg gegen Napoleon (1812-1815) expandierte das Romanow-Reich weiter. Es besetzte auch das in Russland als Bessarabien bezeichnete Gebiet zwischen den Flüssen Dnister und Pruth, die bis dahin zum Fürstentum Moldau gehört hatten².

Diese Situation bestand bis zum Zusammenbruch des russischen Reiches infolge der Katastrophen an den Fronten des Ersten Weltkriegs, des Sturzes des Zarismus, der bolschewistischen Revolution und des Bürgerkriegs in Russland. Am 2. Dezember 1917 wurde in Bessarabien die „Demokratische Republik Moldau“ ausgerufen, die aber nur vier Monate bestand. Am 27. März 1918 marschierten rumänische Truppen in Chişinău (Russisch Kischinjew, deutsch Kischinau) ein. Die moldauische Nationalversammlung beschloss, Teil von „Groß-Rumänien“ zu werden und sich mit diesem zu vereinen³.

Auch nach der Gründung der Sowjetunion im Jahr 1922 stellte die Moskauer Regierung weiter wie von Anfang an die Rechtmäßigkeit des Beitritts Bessarabiens zu Rumänien in Frage und akzeptierte dessen Annexion durch Rumänien nicht. Am 12.10.1924 wurde am linken Ufer des Dnister die „Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik“ (MASRR) als integraler Bestandteil der Ukrainischen SSR gegründet. Aus propagandistischen Gründen wurde behauptet, die Hauptstadt sei das noch „besetzte“ Chişinău, das eigentliche Verwaltungszentrum war allerdings Balti und ab 1929 Tiraspol. Laut offiziellen, aber unzuverlässigen Statistiken machten die Moldauer 58 Prozent der Bevölkerung aus. Es besteht kein Zweifel, dass die sowjetischen Behörden einerseits die lokale Bevölkerung sowjetisieren wollten, andererseits wurden Moldawiens eigene Sprache und Bräuche beibehalten, um Versuche zu verhindern, diese Republik mit Rumänien zu vereinen⁴.

¹ Der Artikel wurde im Rahmen des Forschungsprojekts des National Science Centre (NCN) „Die Rolle Deutschland in den Entscheidungsprozessen der EU“ (UMO-2014/15/B/HS5/00723) verfasst.

² A. Gil, *Geneza Mołdawskiej Autonomicznej Socjalistycznej Republiki Radzieckiej*, [in:] *Konflikt niskiej intensywności w Naddniestrzu*, M. Pietraś, M. Celewicz, J. Kłoczowski (Hg.), Lublin 2006, S. 42-48; G. D. Oancea, *Mythen und Vergangenheit – Rumänien nach der Wende*, München 2005, S.38-39.

³ M. Lubicz-Miszewski, *Geneza, przebieg i próby przezwyciężenia konfliktu o Naddniestrze*, „Zeszyty Naukowe WSOWL, Nr. 3/2012, S.121-122.

⁴ A. Eberhardt, *Tożsamość narodowa a polityka zagraniczna Republiki Mołdowy*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny”, T. 2, Nr. 4/2002 (8), Warszawa 2002, S. 68-69.

Bis zum Zweiten Weltkrieg zeigte Deutschland kein Interesse an dieser Region Europas, da es sie als Einflussbereich der befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie, in der Zwischenkriegszeit Frankreichs und nach 1940 der Sowjetunion betrachtete. Die Situation änderte sich, als die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen und ein umfassendes Rüstungsprogramm starteten. Die rumänischen Ölfelder und dessen landwirtschaftliche Erzeugnisse gewannen nach und nach strategische Bedeutung für das Dritte Reich. Gleichzeitig heizten die Deutschen die ungarischen Ansprüche auf Siebenbürgen gekonnt an. Sie sendeten zugleich Signale, dass sie bereit seien, die Ungarn zum Preis weitreichender rumänischer Wirtschaftszugeständnisse zu stoppen. Am 23. März 1939 wurde ein für Rumänien demütigendes Handelsabkommen unterzeichnet, das dessen Wirtschaft den Bedürfnissen Deutschlands unterordnete. Die Souveränität des rumänischen Staates wurde auch durch die Anwesenheit zahlreicher deutscher Spezialisten eingeschränkt, die die Umsetzung der Vertragsklauseln kontrollierten⁵.

In dem am 23. August 1939 unterzeichneten Hitler-Stalin-Pakt betonte die sowjetische Seite ihr Interesse an Bessarabien während Deutschland sich „völlig desinteressiert“ an diesem Gebiet zeigte. Nach dem Fall Frankreichs stellte der Außenminister der UdSSR, Wjatscheslaw Molotow, am 26. Juni 1940 dem rumänischen Botschafter in Moskau ein Ultimatum, welches die Rückgabe Bessarabiens an die Ukraine forderte. Er argumentierte, Rumänien habe das Gebiet gewaltsam erobert und die vorübergehende Schwächung Russlands ausgenutzt. Dies sollte die ewige Beziehung der in diesem Gebiet lebenden Ukrainer zur Ukrainischen Sowjetrepublik verletzen. Die UdSSR hatte wiederholt angedeutet, dass sie diesen Verlust nicht akzeptieren würde, jetzt sei die Zeit der Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit gekommen. Die von Ukrainern bewohnte Bukowina wurde als Entschädigung für den Schaden gefordert, der der Bevölkerung unter rumänischer Herrschaft zugefügt wurde⁶.

Wie von der Sowjetunion erwartet, äußerte sich Deutschland nicht zu der Situation. Sicherlich ging die Stärkung der UdSSR nicht mit den Interessen Hitlers einher. Die Stimmung in Berlin spiegelte sich gut in den Aufzeichnungen des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels wider, der am 29. Juni 1940 in seinen „Tagebüchern“ notierte: „Gestern ist Rumänien Moskau erlegen. Bessarabien und die nördliche Bukowina werden an Russland übergeben. Für uns ist alles kein Vergnügen. Die Russen nutzen die Situation [...]. Rumänien hat unter Moskauer Druck bedingungslos kapituliert“⁷.

Infolge der Intervention der Roten Armee verlor Rumänien das im Molotow-Ultimatum genannte Territorium. Zwei rumänische Departements (Chotyn im Norden und Akkerman im Süden) wurden in die Ukrainische SSR (USSR) aufgenommen. Der Rest Bessarabiens und die bisherige zur USSR gehörige „Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik“ wurden am 2. August 1940 als „Moldauische SSR“ (MSSR) mit der Hauptstadt Kischinjow (Chişinău) vereinigt. Die Dominanz

⁵ *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik*, Serie D, Frankfurt/Main 1961-1963, Dok. 78, S.76-80.

⁶ Vgl. A. Kastory, *Rozbiór Rumunii w 1940 r.*, Warszawa 2002.

⁷ J. Goebbels, *Dzienniki*, Bd. 2 1939-1943, Warszawa 2013, S. 88.

der Rumänen endete und der Zustrom hauptsächlich russischsprachiger Slawen wurde von den neuen Machthabern gefördert⁸.

Rumänien beteiligte sich nach dem 22. Juni 1941 am Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion. Als Dank durfte es nicht nur die 1940 „verlorenen Gebiete“ wieder übernehmen, sondern übernahm auch die Verwaltung im als Gouvernement Transnistrien bezeichneten Gebiet zwischen den Flüssen Dnister und Bug (mit Balta, Odessa und Winnyzja). Ein wichtiger Schritt zur Schaffung des angestrebten Groß-Rumäniens (România Mare).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Region der Territorialstatus von vor 1941 wiederhergestellt. Die von der UdSSR annektierten Gebiete wurden nicht an Rumänien zurückgegeben⁹. Im Laufe der Zeit wurde die MSSR eine sowjetische Agrarregion. Am rechten Ufer des Dnister wurden Wein, Gemüse und Obst angebaut, hauptsächlich an dessen linkem Ufer entwickelte sich die Schwerindustrie. Dieses Gebiet war mit einer entwickelten Infrastruktur gut urbanisiert. Dort befanden sich rund 65 Prozent der moldauischen Schwerindustrie, 80 Prozent des Energiepotenzials und ein starker Rüstungssektor.

Der Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu (1965-1989) im Dezember 1989 und die Symptome des Zerfalls des Sowjetimperiums stimulierten die rumänisch-moldauischen Beziehungen. Nationalistische Gruppen begannen über die Vereinigung Moldawiens mit Rumänien und den Aufbau einer gemeinsamen Föderation zu sprechen. In Bukarest und Chișinău wurde der Beginn der Verhandlungen über die Vereinigung Deutschlands genau beobachtet und als Analogie bzw. Vorbild angesehen. „Trotz jahrhundertealter Traditionen und vielfältiger Verbindungen handelten die politischen Eliten beider Länder“ – wie der polnische Militärattaché in Bukarest Janusz Solak schrieb – „wie isoliert von den tatsächlichen politischen, sozialen und wirtschaftlich-militärischen Bedingungen“¹⁰.

Erstens führten die Tendenzen zur Vereinigung mit Rumänien zu einer Zunahme der Spannungen und einem nationalen Konflikt am linken Ufer des Dnistr. Starke nationalistische Akzente im Programm der moldauischen Volksfront (z. B. die Streichung des Russischen als zweite Amtssprache, die Rückkehr zur rumänischen Sprache und zum lateinischen Alphabet) führten zu einer Massenmobilisierung der russisch-sprachigen Bevölkerung aus der Region Transnistrien und Gagausien – zunächst mit der Forderung, die Zweisprachigkeit Moldawiens zu erhalten, dann mit der Forderung nach Unabhängigkeit und schließlich der Unabhängigkeit Transnistriens. Moldauische Russen, russisch-sprachige Moldauer und Ukrainer rebellierten. Der Streit wurde durch die Besonderheit der sowjetischen Transnistrien-Elite begünstigt, die hauptsächlich aus der Armee und dem Management lokaler Industrieanlagen stammte. Die dort befindlichen Industrie- und Verteidigungsanlagen waren für die Wirtschaft der UdSSR von großer Bedeutung. Die aus der Russischen SFSR (RSFSR) und der USSR importierten Kader identifizierten sich vollständig mit Moskau und wollten sich nicht den moldauischen Nationalis-

⁸ A. Gil, Op. cit., s. 48-49

⁹ J. Darski, *Rumunia. Historia, współczesność, konflikty narodowe*, Warszawa 1994, S.189.

¹⁰ J. Solak, *Moldawia: republika na trzy pęknięcia. Historyczno-społeczny, militarny i geopolityczny wymiar "zamrożonego konfliktu" o Naddniestrze*, Toruń, 2014, S. 19.

ten unterwerfen¹¹. Im Dezember 1990 fand in Rybniza und Tiraspol ein Referendum über die Schaffung einer „Transnistrischen Autonomen Sozialistischen Republik“ statt, das von über 90 Prozent der Wähler unterstützt wurde. Die Führer von Transnistrien kamen zu dem Schluss, dass eine Einigung mit den Moldauern unmöglich sei. Schließlich wurde am 5. November 1990 eine eigene „Transnistrische Sowjetrepublik“ unter der Leitung von Igor Smirnov innerhalb der Sowjetunion ausgerufen. Nachdem am 27. August 1990 Moldawien als letzte Sowjetrepublik seine Unabhängigkeit erklärt hatte,¹² wurde am 8. Dezember 1991 durch den Oberste Rat einseitig die Unabhängigkeit der „Transnistrische Republik Moldau“ (NRM) ausgerufen.

2. Spannungseskalation und deutsche Reaktionen

Die Behörden in Chişinău erkannten die Schaffung der NRM nicht an und versuchten, die Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes zu erzwingen. Die Kriegsführung schwacher und schlecht organisierter Truppen der moldauischen Armee beschränkte sich auf mehrere Monate Kampf im März 1992 auf die Stadt Dubossary und im Juni desselben Jahres auf die Stadt Bender. Die moldauische Soldaten kämpften ohne Überzeugung, die Wehrpflicht wurde von moldauischen Ukrainern und Russen boykottiert, sogar patriotische Bürger glaubten, dass es auf der anderen Seite des Dnistr Gebiete gab, die nichts mit der Idee „Groß-Rumäniens“ zu tun hatten¹³.

Die moldauischen Truppen konnten aufgrund des erbitterten Widerstands der transnistrischen Wachen und Freiwilligen, unter ihnen viele Kosaken, keine Geländegewinne erzielen. Die Lage veränderte sich entscheidend, als reguläre Truppen der 14. russischen Armee, die unter dem Kommando von General Alexander Lebed in Transnistrien stationiert waren, sich den Separatisten anschlossen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wollte sich Russland aus Gründen des Prestiges und vor allem aus wirtschaftlichen Gründen keine weitere Gebietsverluste mehr leisten, die es Moldawien ermöglicht hätten, sich europäischen Strukturen zuzuwenden. Auf direkten Druck des Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, unterzeichnete der Präsident der Republik Moldau, Mircea Snegur, am 6. Juli 1992 eine Vereinbarung über die Grundsätze der friedlichen Beilegung des Konflikts. Zwischen dem 7. und 18. Juli ließen die Kämpfe dann nach. Die Zahl der Opfer auf beiden Seiten wurde auf rund 1.000 Menschen geschätzt¹⁴.

Die Entwicklungen in Moldawien und Transnistrien in den Jahren 1990-1992 wurden in Deutschland kaum beachtet. Die Regierung Helmut Kohl konzentrierte sich auf ihre Hauptaufgabe, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu vollzie-

¹¹ P. Oleksy, *Moldawski nacjonalizm vs. naddniestrzańska państwowotwórczość — przesłanki społecznej mobilizacji w konflikcie naddniestrzańskim*, „Sensus Historiae”, vol. XI

¹² K. Büscher, *Separatismus in Transnistrien – Die PMR. zwischen Russland und Moldova*. „Osteuropa”, Nr. 9/1996, S. 90-98; Vgl. P. Oleksy, *Wspólnota z przypadku. Studium tożsamości mieszkańców Naddniestrza*, Gniezno 2016.

¹³ P. Oleksy, *Moldawski nacjonalizm vs. naddniestrzańska państwowotwórczość*, ...S. 169-170.

¹⁴ N. Dima, „*The Moldavian-Dnestr Republic. A Geo-Political Game*”, „The Journal of Social, Political, and Economic Studies”, 1999, S. 37-64. Vgl. D. Noack, *Transnistrien im Fokus der Großmächte*, <http://www.imi-online.de/download/DN-Transnistrien-AusdruckOkt12.pdf>.

hen. Dazu fanden interne und direkte Verhandlungen mit den vier alliierten Mächten statt (UdSSR, USA, Frankreich und Großbritannien), die als sogenannten 2+4-Verhandlungen in die Geschichte eingingen und den vom Potsdamer Abkommen 1945 geschaffenen Status von „Deutschland als Ganzem“ beendeten. Nachdem am 3. Oktober 1990 die Vereinigung beider deutscher Staaten formell vollzogen war, richtete sich die Aufmerksamkeit der Koalition aus CDU/CSU und FDP darauf, echte Fortschritte im Prozess der europäischen Integration und beim Aufbau der Europäischen Union zu erzielen, die im Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 mündeten.

Die zerfallende Sowjetunion und die ungewisse Zukunft dieses Raumes gab Anlass zu großer Sorge in Berlin. Die Deutschen wollten einen Abbau des Sowjetimperiums ohne Blutvergießen und – vor allem – einen möglichst raschen Abzug der in der früheren DDR stationierten sowjetischen Truppen. Außerdem benötigten die ehemaligen Ostblockländer in der Phase eines tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Wandels Unterstützung. Die Situation in Jugoslawien verschärfte sich, als Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 die jugoslawische Föderation verließen. Deutschland war sich der Bedrohung Südosteuropas im Falle einer Explosion des „Balkan-Kessels“ bewusst und war stark an einer politischen Beilegung des Konflikts beteiligt, der insbesondere von dem erfahrenen Außenminister Hans-Dietrich Genscher verfolgt wurde¹⁵.

In dieser Situation erregten Moldawiens Versuche, sich vom sowjetischen Einfluss zu emanzipieren, und seine anfänglichen Bemühungen, sich in Rumänien zu integrieren, keine großen Emotionen an Rhein und Spree. Die deutsche Diplomatie legte jedoch großen Wert darauf, angemessene Beziehungen zu Rumänien aufzubauen, da es dort zu diesem Zeitpunkt eine zahlenmäßig starke deutsche Minderheit gab. Am 21. April 1992 wurde das deutsch-rumänische „Abkommen über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa“ unterzeichnet, in dem sich Deutschland im Austausch zum Schutz der deutschen Minderheit in Rumänien verpflichtete, zur Einführung einer freien Marktwirtschaft beizutragen und die rumänischen Bemühungen um den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union zu unterstützen¹⁶.

Angesichts anderer dramatischerer Ereignisse auf dem Balkan war der sich zuspitzende Konflikt zwischen Moldawien und Transnistrien in den deutschen Medien praktisch nicht vorhanden. Wenn in meinungsbildenden Zeitungen über die Eskalation des Konfliktes berichtet wurde, dann meist nur sehr kurz und knapp. Selbst über die diplomatische Anerkennung der Republik Moldau durch Deutschland am 30. April 1992 wurde nicht viel berichtet. Im März 1995 öffnete die moldauische Botschaft in Bonn ihre Türen (1998 nach Berlin verlegt). Erst 1996 überreichte Deutschlands erste Botschafterin Irene Kolhaas dem moldauischen Präsidenten Mircea Snegur ihre Akkreditierung¹⁷.

Im Gegensatz zu Rumänien hatten die Deutschen keine Probleme mit der deutschen Minderheit in dieser Konfliktregion. Ab dem 19. Jahrhundert ließen sich

¹⁵ Mehr: B. Koszel, *Secesja Chorwacji i Słowenii (1991) w polityce międzynarodowej*, [in:]: *W kręgu polityki, dyplomacji i historii XX wieku*, B. Rakowski und A. Skrzypek (Hg.), Łódź 2000, S. 178-189.

¹⁶ Text: „Europa-Archiv“, Nr. 10/1992, S. D 395-402.

¹⁷ *Deutsche Botschaft Chisinau*, <https://chisinau.diplo.de/md-de>.

Deutsche aus Baden und dem Elsass in Transnistrien nieder. In den drei größeren Clustern (Glückstal-Glinoje, Bergdorf-Klossowo und Neudorf-Karmanowo) lebten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert über 23.000 Einwohner mit deutschen Wurzeln. Am Ende des Zweiten Weltkrieges flohen die meisten von ihnen, einige wurden von den Russen verhaftet und ermordet oder nach Osten deportiert. Nur wenige ältere Menschen blieben zurück, andere wanderten aufgrund des wachsenden Konflikts in Transnistrien aus. Im Jahr 2002 schloss die sächsische Kleinstadt Eilenburg ein Partnerschaftsabkommen mit Tiraspol, das jedoch nicht mit Leben erfüllt wurde¹⁸. Nur für kurze Zeit nahm das Interesse der deutschen Medien an den Problemen Transnistriens zu, als die Truppen der 14. russischen Armee von General Lebed intervenierten. Danach verschwand das Interesse in Deutschland an der Region wieder. Während des Besuches von Präsident Jelzin in Deutschland Mitte Dezember 1992, der auf den Abschluss eines deutsch-russischen Abkommens abzielte, habe – so Bundeskanzler Kohl in seinen „Erinnerungen“ – der russische Führer seine Zufriedenheit mit der Lösung von Problemen im Zusammenhang mit Moldawien, Georgien und Südossetien zum Ausdruck gebracht¹⁹.

Nach dem Ende der Feindseligkeiten blieb Transnistrien formal eine selbsternannte unabhängige Republik, die aber von keinem Staat anerkannt wurde. Es handelte sich nun um einen post-sowjetischen „Frozen Conflict“, ähnlich wie in Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien. Dieser konnte aber nur dank der Unterstützung Russlands funktionieren, das sich als Garant der Unabhängigkeit Transnistriens sah und einen bescheidenen Lebensstandard aufrechterhielt. Von einer Vereinigung mit dem armen, rückständigen und wirtschaftlich schwachen Moldawien war keine Rede. In einem Referendum vom 26. März 1995 befürworteten 93,3 Prozent der Einwohner Transnistriens die fortgesetzte Anwesenheit russischer Soldaten am linken Ufer des Dnistr, da diese als Verteidiger der selbsternannten Republik angesehen wurden. Beim nächsten Referendum am 14. Dezember 1995 befürworteten 82 Prozent der Wähler (bei 58 Prozent Wahlbeteiligung) die Annahme einer neuen Verfassung der NRM, in der Transnistrien als „souveräner, unabhängiger Staat“ definiert wurde. Beim bislang letzten Referendum am 17. September 2006 stimmten 97,2 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit der NRM und nur 3,3 Prozent für die Integration in Moldau²⁰.

Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union nahmen die Ergebnisse des letzten Referendums nicht zur Kenntnis. Ebenso die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Beobachter informell am Wahlprozess teilgenommen hatten. Der erfahrene deutsche Diplomat und Leiter der OSZE-Mission Claus Neukirch versuchte, einen Sonderstatus für Transnistrien zu schaffen sowie die Stabilität und Unabhängigkeit Moldaus zu stärken. Allerdings waren seiner Meinung nach die dafür notwendigen Bedingungen nicht erfüllt. Objektivität und Zuverlässigkeit waren nicht gegeben in einer Zeit, da die Führung in Tiraspol eine aggressive Propagandakampagne gegen die Republik Moldau führte

¹⁸ J. Ehresman, *Foreign Homeland / Fremde Heimat*, http://www.blackseagr.org/pdfs/ehresmann-foreign_home-land.pdf.

¹⁹ H. Kohl, *Erinnerungen 1990-1994*, München 2007, S. 513.

²⁰ J. Solak, *Mołdawia: republika na trzy pęknięcia. Historyczno-społeczny, militarny i geopolityczny wymiar "zamrożonego konfliktu" o Naddniestrze*, Toruń, 2014, S. 57.

und zugleich in der Frage, ob man für völlige Unabhängigkeit und den Beitritt zur Russischen Föderation sei, völlig zerstritten war²¹.

Natürlich spielte Russland die Hauptrolle als Vermittler in diesem Konflikt. Bereits im Oktober 1994 unterzeichneten der moldauische Premierminister Andrej Sangheli und der russische Premierminister Wladimir Tschernomyrdin ein Abkommen über den Abzug russischer Truppen aus Transnistrien, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Im November 1999 erklärte Moskau auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul erneut, dass es seine Truppen aufgrund des internationalen Drucks bis 2002 aus Transnistrien abziehen werde, doch auch diesmal geschah nichts. In den Jahren 1997 und 2003 präsentierte der Kreml Projekte zur Lösung des Konflikts in Form der sogenannten des Primakow-Memorandums von 1997 bzw. des Kosak-Plans von 2003.

Das Konzept von Außenminister Jewgeni Primakow ging davon aus, dass Moldau und Transnistrien ihre Beziehungen in einem „gemeinsamen Staat“ innerhalb des MASRR vom Januar 1990 gestalten sollten. Der zweite Vorschlag des russischen Verhandlungsführers Dmitri Kosak bezog sich auf eine Änderung der moldauischen Verfassung durch Umwandlung in einen Bundesstaat mit den autonomen Einheiten Transnistrien und Gagausien. Dieser Plan sprach sich eindeutig für den Erhalt von Transnistrien aus. Er wurde von der OSZE-Mission in Chişinău abgelehnt, die den moldauischen Präsidenten warnte, dass dessen Unterzeichnung die Integration Moldaus in Europa beeinträchtigen könnte. Auch der US-Sonderbeauftragte verbargte seine Abneigung gegen den Plan nicht²². Aufgrund dieses westlichen Drucks lehnte der moldauische Präsident Wladimir Woronin den Plan schließlich ab.

Im Jahr 2004 setzte die OSZE-Mission die Verhandlungen mit Vertretern der Behörden von Transnistrien, Moldau, Russland und der Ukraine fort. Die moldauische Regierung unterstützte im Einklang mit den Empfehlungen der OSZE-Mission die Schaffung eines Verfassungsverbandes mit der rebellischen Provinz, doch in Tiraspol wurden Konföderations-Lösungen bevorzugt²³.

Häufig mussten Treffen von Experten und Beratern wie im Juni 2004 beendet werden, da die Vertreter Transnistriens unerwartet ihre Teilnahme an den Beratungen absagten. Ein konkreter Vorschlag zur Beendigung der Spannungen in dieser Region wurde im Deutschen Bundestag eingebracht. Am 5. Mai 2004 unterbreiteten die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, der Grünen und der FDP im Bundestag eine am nächsten Tag einstimmig angenommene Resolution, die den Weg zur Einheit des Staates und zur demokratischen Transformation in Moldau unterstützte. Einerseits wurde die Europäische Union aufgefordert, die vielfältige wirtschaftliche, finanzielle und beratende Unterstützung der Republik Moldau im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik umfassender zu behandeln. Die OSZE wurde aufgefordert, ihre Bemühungen zur Lösung des Konflikts mit Transnistrien fortzusetzen. Von der Regierung in Chişinău wurde gefordert, energischer gegen Kor-

²¹ „Freie Willensbildung in Transnistrien nicht möglich“, Deutsche Welle, 21.09.2006, <https://www.dw.com/de/freie-willensbildung-in-transnistrien-nicht-mProzentC3ProzentB6glich/a-2180593>.

²² C. Neukirch, *Krisenmanagement – Wiederaufnahme des Prozesses: die OSZE-Mission in Moldau 2004/2005*, „OSZE-Jahrbuch 2005“, Baden-Baden 2006, S.154.

²³ Ibidem.

ruption, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel und Warenschmuggel vorzugehen. Moskau sollte seine Truppen aus Transnistrien abziehen. Die Bundesregierung wurde verpflichtet, die direkten Flugverbindungen zwischen Deutschland und der Republik Moldau wiederherzustellen²⁴.

Die Versuche des neuen moldauischen Präsidenten W. Woronin, sich der Europäischen Union und den USA anzunähern, stießen 2005 auf heftige Reaktionen aus Moskau, welches ein Embargo gegen moldauische Agrarprodukte und im März 2006 auch gegen moldauische Weine verhängte – letztere waren in Russland traditionell sehr beliebt. Die moldauische Wirtschaft wurde durch eine Verdoppelung des Preises für die Lieferung russischen Gases stark geschwächt²⁵.

Es scheint, dass die russischen Sanktionen den gewünschten Effekt hatten. Präsident Woronin trat von den gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unternommenen Versuchen zurück, um den Konflikt in Transnistrien auf der Grundlage der Vorschläge der EU, der OSZE und der USA zu lösen. Er nahm Kontakt mit Moskau auf, um den Konflikt in direkten Gesprächen mit der Regierung von Präsident Wladimir Putin zu lösen. Im Jahr 2006 begannen Backstage-Verhandlungen in der 2+1-Formel (Moldawien, Transnistrien und Russland), was aus Moskauer Sicht westliche Vermittler ausschalten und die Verhandlungsposition der Republik Moldau schwächen sollte²⁶.

In einer für Moldawien schwierigen Situation stattete Präsident Woronin im Mai 2006 Berlin einen Arbeitsbesuch ab, in dem er mit Bundeskanzlerin Merkel über Möglichkeiten der Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit und einer Beteiligung der EU an der Lösung des Konflikts mit Transnistrien sprach. Ein Jahr zuvor, ebenfalls im Mai, weilte der stellvertretende deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Erich Stather, in Chişinău, wo er Gespräche mit Regierungsvertretern führte. Im November 2006 stellte Deutschland 4 Mio. EUR für die finanzielle Zusammenarbeit und 1 Mio. EUR für die technische Zusammenarbeit mit der Republik Moldau bereit. Diese Mittel sollten für die Entwicklung des Finanzsektors und im Bereich der Landwirtschaft eingesetzt werden. Aus dem Stabilitätspakt-Fonds für Südeuropa wurden zusätzliche Mittel für Projekte zugesagt, die Moldau der EU annähern und die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Verbrechensbekämpfung, Minderheiten und Jugendrechte unterstützen sollten²⁷.

²⁴ *Den Weg zur Einheit und Demokratisierung in der Republik Moldau unterstützen. Antrag der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP.* Deutscher Bundestag. Drucksache 15/3052, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/030/1503052.pdf>.

²⁵ W. Rodkiewicz. *Od demokracji „wirtualnej” ku europejskiej: Geneza i konsekwencje przełomu politycznego w Mołdawii.* „Prace OSW”, grudzień 2009. Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnim im. Marka Karpia https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_32_1_0.pdf.

²⁶ V. Chiveri, *Die geopolitische Falle im Transnistrien-Konflikt*, Wien 2012, S.70, http://othes.univie.ac.at/18516/1/2012-02-11_0501125.pdf.

²⁷ *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/2133. Zur Situation in Transnistrien (Republik Moldau)*, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/022/1602289.pdf>.

3. Das Engagement der Europäischen Union

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Moldawien wurden durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) geregelt, das am 28. November 1994 für zehn Jahre unterzeichnet wurde (in Kraft getreten am 1. Juli 1998). Es ging um wirtschaftliche und politische Fragen (Achtung der Demokratie und der Menschenrechte, Verbrechensbekämpfung), wobei dem Problem Transnistriens besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es sollte die Republik Moldau auf ihrem Weg zu Demokratie und freier Marktwirtschaft unterstützen²⁸. Am 24. Februar 2004 wurde dieses Land auf der Tagung des Kooperationsrates in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen. Am 22. Februar 2005 wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der die Ziele der gegenseitigen Zusammenarbeit für die nächsten drei Jahre definierte. Seine wichtigsten Bestimmungen betrafen unter anderem die Lösung des Transnistrien-Konflikts und die Annäherung moldauischen Rechts an die EU²⁹. Am 23. März 2003 ernannte die EU einen Sonderbeauftragten für Moldawien, den niederländischen Spitzendiplomaten Adriaan Jacobovits de Szeged. Er wurde beauftragt, das im Herbst 2005 eröffnete Büro der EU-Kommission in Chişinău zu leiten, um die Interessen der EU zu vertreten und die pro-westliche Ausrichtung der Republik Moldau zu unterstützen.

Im Streit um Transnistrien hat die EU die Republik Moldau ausdrücklich unterstützt. Im Jahr 2003 verhängte sie ein Verbot der Erteilung von Einreisevisa für Vertreter der Behörden der Separatisten in ihr Hoheitsgebiet und forderte den Abzug russischer Truppen aus Transnistrien. Andererseits traten die Regierungen Schröder und dann Merkel nachdrücklich dafür ein, alle Vermittlungsaktivitäten auf die OSZE zu konzentrieren. Seit 2005 finden Verhandlungen im erweiterten 5+2-Format (Moldau, Transnistrien, Russland, Ukraine und die OSZE mit der EU und den USA als Beobachtern) statt. Der oben erwähnte russische Vertrag und die Aufnahme informeller Gespräche in der 2+1-Formel (Moldawien, Transnistrien und Russland) führten 2006 zu einem Stillstand der Verhandlungen, der sich über fünf Jahre hinzog. Am 7. November 2005 richtete die EU auf Ersuchen der Präsidenten der Republik Moldau und der Ukraine die EU-Grenzmission für die Republik Moldau und die Ukraine (EUBAM) mit Sitz in Odessa ein. Ihre Aufgabe war es, den Schmuggel von Waffen, Menschen und Drogen von und nach Transnistrien zu verhindern. Dies führte zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden der Republik Moldau und der Ukraine. Die 69-köpfige Mission wurde für zwei Jahre gegründet und mit Grenzschutz- und Zollbeamten aus 16 EU-Ländern besetzt, darunter fünf Zollbeamte und fünf Bundespolizisten aus Deutschland³⁰.

²⁸ *Umowa o partnerstwie i współpracy między Wspólnotami Europejskimi i ich Państwami Członkowskimi a Republiką Mołdowy*. Dziennik Urzędowy L 181, 24/06/1998 P. 0003 – 0048, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/HTML/?uri=CELEX:21998A0624\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/HTML/?uri=CELEX:21998A0624(01)&from=EN).

²⁹ Mehr siehe: J. W. Broich, *Der Wandel der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau im Kontext der EU-Erweiterungspolitik*, Duisburg 2008, https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00019967/Broich_Diss.pdf.

³⁰ M. Malek, *Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova). Analyse und Dokumente*. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien, Nr. 7/2006, S. 31-32, http://www.xn--bundesheer-sterreich-ebc.org/pdf_pool/publikationen/konflikt_im_dnjestr_gebiet_m_malek.pdf.

Mangelnde Fortschritte bei der Lösung der Krise in Transnistrien führten im Juli 2007 zu einer neuen Diskussion im Bundestag. Als Reaktion auf eine Anfrage der FDP-Fraktion erklärten Regierungsvertreter, dass Deutschland im Einklang mit den OSZE-Entscheidungen von Istanbul im Jahr 1999 konsequent den Abzug russischer Truppen aus Transnistrien fordere und gleichzeitig einen Dialog zu diesem Thema mit Russland befürworte. Die EU hat die Vermittlungsbemühungen der OSZE und die Aktivitäten der EUBAM positiv bewertet. Die Bundesregierung versprach, solche Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu unterstützen, die Moldawien für europäische Strukturen gewinnen und bei der Lösung des Konflikts in Transnistrien hilfreich sein werden. Gleichzeitig wurde eine weitere strenge Kontrolle der Finanztransaktionen zwischen Deutschland und Transnistrien angekündigt³¹.

Nach den Parlamentswahlen im August 2009 in Moldau übernahm eine pro-westliche Koalition die Regierung, die eine engere Zusammenarbeit mit der EU anstrebte. Präsident Woronin trat einen Monat später von seinem Amt zurück. Führende Vertreter des Bündnisses für europäische Integration wie Vlad Filat (Liberaldemokratische Partei und Premierminister von Moldau 2009-2013) und Vlad Plahotniuc (Vorsitzender der Demokratischen Partei, Oligarch und Parlaments-Vizepräsident von 2010-2013) kündigten tiefgreifende Reformen an³².

Im Jahr 2008 lief die zehnjährige Laufzeit des Partnerschafts- und Kooperationsvertrags ab. Gemäß seinen Bestimmungen wurde er automatisch um ein Jahr verlängert. Aufgrund des Ablaufs des PKA forderte Moldau den Abschluss eines neuen Assoziierungsabkommens mit der EU, um eine Freihandelszone zu schaffen und die Visa-Freiheit für moldauische Bürger einzuführen.³³

4. Das Meseberg-Memorandum

Aus deutscher Sicht waren mit der Wahl von Dmitri Medwedew zum Präsidenten der Russischen Föderation im Jahr 2008 Hoffnungen auf ein langfristiges Abkommen über Transnistrien verbunden. Man hoffte, dass ein junger 43-jähriger Technokrat, der frei von ideologischer Strenge war, Russland modernisieren, dessen Wirtschaft öffnen und politische Zusammenarbeit mit dem Westen suchen würde. Nach dem Georgisch-Russischen Krieg 2008 gelangte Berlin zu der Erkenntnis, die deutsche und EU-Entwicklungshilfe für Osteuropa zu stärken, und die polnisch-schwedische Initiative der Östlichen Partnerschaft zu unterstützen. Um diese Region zu stabilisieren, signalisierte Berlin jedoch, dass die Östliche Partnerschaft keine anti-russische Stoßrichtung haben dürfe, keine Vorstufe des Beitritts

³¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP. Zur Situation in Transnistrien (Republik Moldau). Drucksache 16 /2133, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/022/1602289.pdf>.

³² K. Całus, *Państwo niedokończone. 25 lat moldawskiej niepodległości*, „Prace OSW”, nr 59, grudzień 2016, S. 75, https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_59_pl_25_lat_moldawskiej_net.pdf; H. Dix, *Die Republik Moldau am vermeintlichen Ende eines Wahlmarathons. Neuauflage der Allianz für die Europäische Integration und weiterhin unsichere Perspektive*, „KAS Auslandsinformationen”, nr 2/2011, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=ab20fa94-15c3-328e-2f91-f5f5346865a1&groupId=252038.

³³ N. Adamczyk, *Proces wdrażania Partnerstwa Wschodniego a problemy transformacji gospodarczej państw poradzieckich na przykładzie Mołdawii*, „Krakowskie Studia Międzynarodowe”, Nr. 2/2019, S.149.

der osteuropäischen Länder zur EU sein dürfe und im Wettbewerb mit Deutschlands bevorzugtem Partnerschaftsprogramm für die Modernisierung mit Russland (PfM) stünde³⁴.

Trotz der Tatsache, dass Medwedew wie seine Vorgänger die Führer Transnistriens im Kreml empfing und mit hohen Auszeichnungen des russischen Staates ehrte, wurde in Berlin anerkannt, dass es möglich sein, im Fall Transnistrien Fortschritte zu erzielen. Am 4. und 5. Juni 2010 schlug die Bundesregierung bei einem informellen Treffen von Bundeskanzlerin Merkel mit Präsident Medwedew auf Schloss Meseberg in Brandenburg vor, dass beide Länder im Interesse der europäischen Sicherheit auch zur Lösung der Probleme Transnistriens beitragen sollten. Ursprünglich sollte eine föderale Struktur in der Republik Moldau geschaffen werden, bei der den Separatisten 5-15 Prozent der Sitze im moldauischen Parlament zugestanden werden sollten. Dieser Vorschlag warf von Anfang an viele Zweifel auf, denn die Stimmen der Parlamentarier aus Transnistrien und der moldauischen Kommunisten hätten zusammen die Schaffung einer pro-russischen parlamentarischen Mehrheit im moldauischen Parlament ermöglicht und damit die Bildung einer Regierung, die sich für eine enge Zusammenarbeit mit Moskau einsetzen würde.

Die deutsche Position verursachte tiefe Bestürzung im Rest der EU, die noch durch ein gemeinsames deutsch-russisches Memorandum vertieft wurde, in dem die Schaffung eines politischen und sicherheitspolitischen Ausschusses der EU und Russlands vorgeschlagen wurde. Diesem sollten die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten und Russlands zusammen mit dem Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (damals Catherine Ashton) angehören, um Regeln für das Funktionieren des zivilen und militärischen „Konfliktmanagementmechanismus“ in Europa entwickeln. Deutschland hatte die deutsch-russische Initiative am 8. Juni im Politischen und Sicherheitskomitee der EU vorgestellt. Mit dem Vorschlag, das Profil der EU-Russland-Beratungen zu schärfen, beabsichtigte Deutschland, die von ihm als unzureichend erachtete Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland zu stärken. Außerdem sollte der Vorschlag Medwedews aus einem Jahr zuvor, eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, mit Leben erfüllt werden.

Nachdem Barack Obama 2009 zum US-Präsidenten gewählt worden war, stellten seine Erklärungen zum „Reset“ zwischen den USA und Russland einen bedeutenden Impuls für die deutschen Aktivitäten gegenüber Russland dar³⁵. Um das Potenzial für eine Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zwischen der EU und Russland zu testen, wurden in dem Memorandum gemeinsame Maßnahmen vorgeschlagen, um „Fortschritte bei der Lösung des Konflikts in Transnistrien im bestehenden 5+2-Format zu erzielen“³⁶. Es war der Versuch, Russland in den Prozess der Stabilisierung der Region einzubeziehen und eine hochrangige Zusam-

³⁴ S. Meister und M.-L. May, *Die Östliche Partnerschaft der EU – ein Kooperationsangebot mit Missverständnissen*, „DGAP-Standpunkt“, Nr. 7/2009, S. 4; J. Gotkowska, *Niemcy wobec Partnerstwa Wschodniego*, „Komentarze OSW“ z 18.06.2010, <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/komentarze-osw/2010-06-18/niemcy-wobec-partnerstwa-wschodniego>.

³⁵ *Deutsch-Russischer Gipfel: Merkel und Medwedew für Iran-Sanktionen*, *Der Spiegel* 5.06.2010; *Treffen auf Schloss Meseberg: Einigkeit mit Russland*, „Frankfurter Rundschau“ z 5.06.2010; *Dmitri Medwedews Besuch in Deutschland*, „RIA Novosti“ 5.06.2010, <http://de.rian.ru/world/20100605/126590194.html>.

menarbeit mit ihm zu gewähren. Das besagte EU-Russland-Komitee hätte viel größere Befugnisse als der NATO-Russland-Rat gehabt. Es hätte einen Mechanismus geschaffen, die Politik der EU und Russlands zu koordinieren, den die EU bislang weder mit den USA noch mit der NATO hatte. Am 18. und 19. Oktober 2010 fand in Deauville (Frankreich) das erste trilaterale Treffen der Staats- und Regierungschefs Russlands, Deutschlands und Frankreichs seit 2006 statt. Obwohl die deutsch-französischen Gespräche über die Finanzkrise der Eurozone im Mittelpunkt des Treffens standen, wurde eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland im Bereich der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik angekündigt. In der gemeinsamen deutsch-russischen Erklärung wurde der Wille zur Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland unterstrichen, indem gemeinsame Schritte zur Einführung eines visumfreien Regimes unternommen, das PfM umgesetzt und die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (zwischen Russland und der EU bzw. der NATO) vertieft wurden. Dies würde auch Fortschritte bei der Lösung des „eingefrorenen“ Konflikts in Transnistrien ermöglichen³⁷.

Vom 7. bis 9. September 2011 trafen sich Vertreter des „5+2“-Formats erneut zu informellen Gesprächen im bayerischen Bad Reichenhall, um die Verfahren für die geplanten Verhandlungen festzulegen. In Deutschland wurde dies als Erfolg gewertet. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle sah einige Tage später bei einem Besuch in den USA eine gute Perspektive für die Zukunft³⁸.

Nach dem verabschiedeten Zeitplan fand vom 30. November bis 1. Dezember 2011 in Meseberg vereinbarte Treffen im „5+2“-Format statt, das wiederum formeller Natur war. Ein nächstes Treffen folgte im Februar 2012 in Dublin. Ein gutes Signal aus deutscher Sicht war die Wiedereröffnung der Eisenbahnverbindung zwischen Transnistrien und Moldau im März 2012. Die Regierung in Chişinău hoffte, damit den Güterverkehr durch Transnistrien in das ukrainische Odessa steigern zu können³⁹.

Die allgemeine Strategie für die Regierung in Berlin, die den Bundestagsabgeordneten Ende 2011 als Bericht des Auswärtigen Amtes mitgeteilt wurde, bestand aus zwei Punkten: 1. Aufbau einer Vertrauensatmosphäre zwischen den Behörden in Chişinău und Tiraspol; 2. Einbeziehung Russlands in die Lösung des Transnistrien-Konflikts. Es wurde bekräftigt, dass die deutsche Regierung von der Russischen Föderation „*unverändert* den Abzug aller Streitkräfte mit ihrer Ausrüstung“ fordert, die nicht Teil des Friedenskongingents aus Transnistrien sind, und Inspek-

³⁶ Memorandum.Meeting of Chancellor Angela Merkel and President Dmitri Medvedev on 4-5 June 2010 in Meseberg, <https://russiaeu.ru/sites/default/files/user/files/2010-06-05-meseberg-memorandum.pdf>; Vgl. B.Kozel, *Meandry polityki niemieckiej wobec Rosji w okresie rządów prezydenta Dmitrija Miedwediewa (2008-20012)*, „Krakowskie Studia Międzynarodowe” Nr. /2017, S.106-107.

³⁷ A. Kwiatkowska-Drożdż, *Niemcy wobec Rosji. Powiązania- tak, zbliżenie- nie*, „Punkt widzenia”, Nr. 39, Warszawa luty 2014, http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/pw_39_niemcy_v_rosji_net_pl.pdf.

³⁸ Außenminister Westerwelle begrüßt Entschluss zur Wiederaufnahme offizieller 5+2-Verhandlungen, AA, http://www.auswaertigesamt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2011/110922_BM_Transnistrien_Verhandlungen.html.

³⁹ *Deutschlands stille Transnistrien-Diplomatie*, Deutsche Welle,20.06.2012, <https://www.dw.com/de/deutschlands-stille-transnistrien-diplomatie/a-16037114>.

toren aus Deutschland und den NATO-Ländern jederzeit in der Lage sein sollen, diesen Prozess zu überwachen⁴⁰.

Im April 2011 wurden im Rahmen einer Studienreise unter dem Motto „*Demokratische Strukturen und Föderalismus*“ hochrangige Vertreter aus Moldau und Transnistrien nach Deutschland eingeladen, wo sie Experten aus Wirtschaft und Handel trafen. Diese Reise war unter anderem durch die Deutsche Botschaft in Chişinău angeregt worden⁴¹.

Die Symptome eines Tauwetters waren auch auf die Wahlen in Moldau im März 2012 zurückzuführen, bei denen der parteilose Nicolae Timofti von der regierenden Allianz für europäische Integration zum Staatspräsidenten gewählt und damit eine langwierige interne Krise beendet wurde. Veränderungen fanden auch in Transnistrien statt, wo Igor Smirnov nach 20 Jahren unerwartet die Macht verlor. Der neue Präsident Jewgeni Schewtschuk erklärte, er werde Schritte unternehmen, um für die separatistische Republik internationale Anerkennung zu erhalten und die strategische Zusammenarbeit mit Russland zu verstärken. Parallel dazu nahm der neue Präsident von Transnistrien die Verhandlungen mit Chişinău wieder auf und traf sich mit dem moldauischen Premierminister Vlat Filat. Durch kleine Schritte sollten praktische Probleme der Zusammenarbeit geregelt werden⁴².

Deutschland erkannte am 20. Juni 2012 diese positiven Veränderungen an und lud Vertreter Moldawiens und Transnistriens zu vertraulichen Gesprächen nach Rottach-Egern in Bayern ein. Manfred Grund, Mitglied der CDU-Fraktion im Bundestag und Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Moldauischen-Forums, moderierte diese. Leider kam es zu keinen Fortschritten⁴³.

Abgesehen vom propagandistischen Erfolg brachte der erste Besuch der deutschen Bundeskanzlerin in Chişinău am 22. August 2012 nicht viel. Er sollte vor allem die proeuropäische Haltung Moldaus stärken. Premierminister Filat und Präsident Timofti wurden von Merkel für die vorbildliche Umsetzung der Grundsätze der Östlichen Partnerschaft gelobt⁴⁴. Zur Enttäuschung Deutschlands stellte sich jedoch bald heraus, dass Russland im Jahr 2012 wenig zur Lösung des Konflikts beitrug, abgesehen davon, dass es sich bereit erklärt hatte, die Gespräche im 5+2-Format offiziell wieder aufzunehmen. Mit der Ernennung des exzentrischen und widersprüchlichen ehemaligen NATO-Botschafters bei der NATO, Dmitri Rogosin, zum russischen Sonderbeauftragten für Transnistrien im Jahr 2012 signalisierte Moskau, dass es nicht an echten Fortschritten interessiert sei. Im Gegenteil, es verstärkte seine militärische und politische Präsenz in Südossetien und Abchasien systematisch weiter. Russlands Außenminister Lawrow forderte die georgische

⁴⁰ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN. Stand des Meseberg-Memorandums, Deutscher Bundestag Drucksache 17/8239, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/082/1708239.pdf>.

⁴¹ Ibidem.

⁴² M.Lubicz-Miszewski, Op.cit. S.135-136.

⁴³ *Deutschlands stille Transnistrien-Diplomatie*, Op.cit.

⁴⁴ *Politische Geste: Merkel besucht Moldau*, Deutsche Welle 22.08.2012, <https://www.dw.com/de/politische-geste-merkel-besucht-moldau/a-16182649>; Bundeskanzlerin Merkel besucht die Republik Moldau. Die Bundeskanzlerin, <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/bundeskanzlerin-merkel-besucht-die-republik-moldau-704964>; *Merkel besucht Republik Moldau*, „Die Zeit“ 22.08.2012.

Regierung auf, die Unabhängigkeit beider Provinzen anzuerkennen. Auch beim Konflikt um Berg-Karabach wurden keine Fortschritte erzielt. Im Gegensatz zur EU hat Russland die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Südossetien und Abchasien nach den Parlamentswahlen Anfang jenes Jahres anerkannt. Erst 2014 forderte Russland im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine ganz unerwartet die Beschleunigung der 5+2-Gespräche, die seiner Ansicht nach einen Sonderstatus Transnistriens in einem einheitlichen, souveränen und neutralen Moldau schaffen sollte⁴⁵.

Die Wiederwahl Wladimir Putins zum Präsidenten der Russischen Föderation im Jahr 2012 schuf eine neue Möglichkeit, die Probleme Transnistriens und Moldaus zu lösen. Im Herbst 2012 haben sich allerdings die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union erheblich abgekühlt, wozu undemokratische Änderungen der russischen Gesetzgebung beigetragen hatten.

Die Putins kontroverse Reformen haben unter den politischen Eliten Deutschlands einige Verwirrung gestiftet. Der bestehende Konsens, dass die Integration Russlands in Europa und seine Demokratisierung der Schlüssel zur Sicherheit des alten Kontinents sind, war erschüttert. Es fehlten Ideen, wie man sich auf ein verändertes und zunehmend autoritäres Russland beziehen könnte. Bisher bestand zwischen allen im Bundestag vertretenen Parteien ein ungeschriebener politischer Konsens, dass die Beziehungen zu Russland eine einzigartige Rolle in der deutschen, aber auch in der Ostpolitik der EU spielen. Wie Jochen Franzke (Experte für russisch-deutsche Beziehungen an der Universität Potsdam) feststellte, stellte sich das Problem, ob man die seit 1648 Russland bekannte „westfälische Lösung“ anwenden oder anerkennen sollte, dass zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der im Bereich der internationalen Sicherheit ein enger Zusammenhang besteht, zu dem die Einhaltung demokratischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten gehört und der daher ein spezifisches Modell der Zusammenarbeit mit Russland begründen sollte⁴⁶.

5. Im Schatten der Ereignisse in der Ukraine

Wie schon dargestellt, war Transnistrien bis 1940 Teil der sowjetischen Ukraine und nach der Unabhängigkeit 1991 erlangte dessen Integration in die Ukraine für viele Kiewer eine hohe Attraktivität, die jedoch aufgrund enormer Schwierigkeiten in anderen Bereichen nicht umgesetzt werden konnte. Als Ergebnis der „Orangen Revolution“ wurde der Plan des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko zur Demokratisierung und Entmilitarisierung der Region geboren. Nach dem Fall des „orange-farbenen“ Lagers infolge von Spannungen und Streitigkeiten gewann der pro-russische Viktor Janukowitsch die Präsidentschaftswahlen 2010. Zunächst vorsichtig, versuchte er sowohl mit Moskau als auch mit Brüssel zu flirten. Dabei weckte er Hoffnungen der transnistrischen Separatisten, die Grenze zur Ukraine

⁴⁵ „Format 5 plus 2“; Ławrow zapowiada konsultacje ws. Naddniestrza, <http://www.tvp.info/14608754/format-5-plus-2-lawrow-zapowiada-konsultacje-ws-naddniestrza>; O.Luchterhandt, *Transnistrien vor und nach dem Regimewechsel in Kiew und Russlands Krim-Annexion*, „Osteuropa-Recht“, Heft 62/2016.

⁴⁶ J. Franzke, *Realität oder Mythos? Zur Strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland*, „WeltTrends“, Nr. 89/2013, S.40.

zu öffnen. Dies lag jedoch nicht in seiner Macht. Im Jahr 2011 wurde schließlich das Mandat der EUBAM bis 2015 verlängert.

Auf dem dritten Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius am 28. und 29. November 2013 wurden die Assoziierungsabkommen (AA) der EU mit der Republik Moldau und Georgien sowie die Abkommen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) mit beiden Staaten paraphiert. Die Anwesenheit aller führenden Politiker der wichtigsten EU-Länder – Deutschland, Großbritannien und Frankreich – zeigte die wachsende Bedeutung, die die EU der Östlichen Partnerschaft beimisst. Der angenommene Aktionsplan sollte sich darauf konzentrieren, die AA/DCFTAs mit Moldawien und Georgien so bald wie möglich zu unterzeichnen und umzusetzen⁴⁷.

Trotz der Paraphierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU im Juli 2012 wurde es nicht unterzeichnet. Am 21. November 2013 kündigte die ukrainische Regierung die Aussetzung des Vorbereitungsprozesses an. Dies geschah unter dem Druck Russlands, das die EU mit Versprechungen von wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe überboten hatte. Infolge von Protesten auf den Straßen von Kiew und anderen ukrainischen Städten im Februar 2014 wurde Präsident Janukowitsch gestürzt und die pro-europäische Politik der Ukraine wiederhergestellt⁴⁸.

Die Versuche der Ukraine, von Moskau unabhängig zu werden, wurden von Russland mit der Annexion der Krim und deren offiziellem Beitritt zu Russland am 18. März 2014 auf der Grundlage eines überstürzten (16.03.) Referendums beantwortet. Als Reaktion darauf führten die EU und die USA Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation ein, setzten dessen Teilnahme an der G8 aus und verhängten ein Einreiseverbot für 21 prominente Kreml-Aktivisten (die USA sogar für 31). Am 25. März wurde der Boykott des G8-Gipfels in Sotschi bekannt gegeben⁴⁹.

Bundeskanzlerin Merkel verurteilte unmissverständlich die Annexion der Krim, doch nach einer parlamentarischen Debatte im Bundestag am 19. März 2014 wurde deutlich, dass Deutschland alle Instrumente der internationalen Diplomatie nutzen wollte, d. h. ein Dialog mit Moskau geführt, die Sanktionen gegen Russland gegebenenfalls verlängert und die Finanzhilfe für die Ukraine fortgesetzt werden. Zwei Tage später verurteilte der Europäische Rat erneut den Beitritt der Krim und Sewastopols zur Russischen Föderation und beschloss, die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit Georgien und Moldawien zu beschleunigen⁵⁰.

⁴⁷ R. Sadowski, *Szczyt w Wilnie: bez przełomu w Partnerstwie Wschodnim*, „Analizy OSW”, 4.12.2013, <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/analizy/2013-12-04/szczyt-w-wilnie-bez-przelomu-w-partnerstwie-wschodnim>.

⁴⁸ P. Stykow, *Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise: gleichzeitige Demokratisierung und Staatsbildung als Überforderung*, „Osteuropa“, Nr. 5-6/2014, S. 41-60.

⁴⁹ A. Rinke, *Wie Putin Berlin verlor. Moskaus Annexion der Krim hat die deutsche Russland-Politik verändert*, „Internationale Politik” Nr. 3/2014, S. 33-45; Vgl. M. Staack, *Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*, Opladen 2017.

⁵⁰ Rada Europejska 20-21 marca 2014. Konkluzje, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/pl/ec/141756.pdf.

Die Aussicht auf die Unterzeichnung des moldauischen Assoziierungsabkommens mit der EU erhöhte die Spannungen zwischen Chişinău und Tiraspol/Moskau. Das Parlament der Separatisten in Tiraspol bat die russische Duma, bei der Änderung der Gesetzgebung anlässlich der Annexion der Krim die Möglichkeit zu schaffen, dass auch Transnistrien der Russischen Föderation beitreten kann. Die Russen entschieden sich jedoch gegen eine weitere Eskalation der Spannungen in der Region und verfolgten diese Idee nicht weiter. Gleichzeitig wurde in den russischen Medien eine groß angelegte Propagandaoffensive gestartet, um Moldau von einer Annäherung an die EU abzuhalten⁵¹.

Deutschland war zu diesem Zeitpunkt der Auffassung, dass alles getan werden sollte, damit sich das Krim-Szenario in der Republik Moldau nicht wiederholt. Die Aussicht, die in Transnistrien stationierten russischen Soldaten als „Friedenstruppen“ einzusetzen und die Organisation pro-russischer Separatisten in Gagausien, um einen Prozess der Destabilisierung in Moldau zu provozieren, warf die Frage nach der Zukunft der Östlichen Partnerschaft auf. In dieser Situation wurde voreilig angenommen, dass Moldau nach fast vier Jahren das erste Land der Östlichen Partnerschaft sei, welches alle Voraussetzungen für visumfreies Reisen erfüllt. Dies bestätigte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der am 23. April 2014 in Chişinău und gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Laurent Fabius versuchte, die Lage in der Region nach der Annexion der Krim durch Russland zu stabilisieren und Solidarität der EU mit einer sich reformierenden Republik Moldau zu zeigen⁵².

Wie versprochen, wurde für die Bürger Moldaus am 28. April 2014 die visafreie Einreise (bis zu 90 Tagen) in die Länder der Europäischen Union ermöglicht, die bisher von mehr als einer Million Bürgern genutzt wurde. Allerdings war die Unterzeichnung der Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine, Georgien und Moldau am 27. Juni 2014 weitaus wichtiger. Aus Angst vor russischem Druck beschleunigte die EU die Unterzeichnung des Abkommens mit Moldau, die ursprünglich für August 2014 geplant war⁵³.

Im Jahr 2015 verlor die Aussicht auf eine „Krim-Lösung“ für Moldau an Bedeutung. Mit Visaerleichterungen und finanzieller Unterstützung war die EU sogar zu einem potentiell attraktiven Partner für die Menschen in Transnistrien geworden. Nach Verhandlungen zwischen Brüssel, Chişinău und Tiraspol beschloss der Assoziationsrat EU-Republik Moldau am 18. Dezember 2015, die Freihandelszone auf das gesamte Gebiet der Republik Moldau auszudehnen, damit auch Transnistrien in den Genuss der Handelspräferenzen des Freihandelsabkommens und des Assoziierungsabkommens kommen kann. Dies war wichtig, weil aufgrund der westlichen Sanktionen die russische Hilfe für die Separatisten reduziert wurde. Darüber hinaus hatte die Republik Moldau unter dem Vorwand, den Schmuggel zu stop-

⁵¹ F. Schmidt, *Transnistrien Russlands nächster Beitrittskandidat*, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 18.03.2014; *Putins schönste Marionette*, „Das Bild“ 24.03.2014.

⁵² D. F. Sturm, *Steinmeier will Putin Europas Einigkeit beweisen*, „Die Zeit“ 23.04.2014; *Steinmeier und Fabius besuchen Moldau und Georgien*, „Die Zeit“ 23.04.2014

⁵³ *UKŁAD O STOWARZYSZENIU między Unią Europejską i Europejską Wspólnotą Energii Atomowej oraz ich państwami członkowskimi, z jednej strony, a Republiką Mołdawii, z drugiej strony*, Dziennik Urzędowy Unii Europejskiej L 260/4, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/HTML/?uri=CELEX:22014A0830\(01\)&from=PL](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/HTML/?uri=CELEX:22014A0830(01)&from=PL).

pen, in Zusammenarbeit mit den neuen ukrainischen Behörden am 1. September 2015 mit einer Blockade Transnistriens begonnen⁵⁴.

Der vierte Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Riga (21.-22. Mai 2015) ließ keine Illusionen über das Ziel Moldaus aufkommen, Mitglied der EU zu werden. Moskau warnte vor dem Gipfel, die ehemaligen Sowjetrepubliken vor die Wahl zwischen Russland und der EU zu stellen. Trotz der Unterstützung Schwedens, Polens und der baltischen Staaten unterstützten die meisten EU-Länder die Erklärung Merksels – die bereits bei der Reise der Bundeskanzlerin nach Riga im Deutschen Bundestag zitiert wurde –, dass die EU-Ostpartnerschaft kein Instrument der EU-Erweiterung ist, sondern diese die teilnehmenden Länder der EU nur „näher bringt“. Nach stundenlangen Auseinandersetzungen gelang es in der Schlusserklärung nur, die Zusicherung der „Anerkennung der europäischen Bestrebungen“ und der „Achtung der europäischen Entscheidung“ jener Länder der Östlichen Partnerschaft zu bekräftigen, die Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet haben⁵⁵.

6. Komfortabler Status quo für alle Seiten

Den größten Einfluss auf das Funktionieren des moldauischen Staates übte seit 2015 der Oligarch Vlad Plahotniuc, der Präsident der regierenden Demokratischen Partei, aus. Seine Partei vertrat eine pro-europäische Richtung, benutzte eine starke anti-russische Rhetorik und ergriff anti-russische Initiativen, arbeitete aber gleichzeitig tatsächlich mit der pro-russischen Sozialistischen Partei zusammen. Zwischen 2012 und 2014 verschwand eine Milliarde Dollar aus den Banken. Moldau galt als eines der korruptesten Länder Europas. In Bezug auf die Transparenz von Finanztransaktionen liegt Moldau laut Transparency International derzeit auf Rang 122 von 180⁵⁶.

Die innere Schwächung und häufige Regierungswechsel in der Republik Moldau spielten Russland in die Hände, welches die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch Chişinău nicht akzeptieren wollte. Die Propagandakampagne der russischen Medien wurde intensiviert. Die Separatisten aus dem Norden des Landes, die ein Referendum über die Autonomie und pro-russische politische Parteien forderten, wurden unterstützt. Mehreren Dutzend moldauischen Gastarbeitern wurde die Einreise nach Russland verboten, was auf noch größere Einschränkungen hindeutet. In Russland arbeiteten 400.000 Moldauer, die jährlich 1,5 Milliarden Euro in ihr Heimatland überweisen, was 60 Prozent aller Auslandsüberweisungen nach Moldau ausmacht. Die anti-ukrainische und EU-feindliche Propaganda in den russischen Medien in Moldau zwang die Behörden, dem Fernsehsender Rossija 24 die Lizenz zu entziehen und die übrigen russischen Medien mit Geld-

⁵⁴ A. Poczobut, *Ukraińsko-moldawska blokada Naddniestrza*, „Gazeta Wyborcza“ 1.09.2015.

⁵⁵ *Joint Declaration of the Eastern Partnership Summit (Riga, 21-22 May 2015)*, <https://www.consilium.europa.eu/media/21526/riga-declaration-220515-final.pdf>, Por. Ch.B.Schiltz, *Bloß den Kreml nicht provozieren*, „Die Welt“ 21-22.05.2015. Por. EU hält Ostpartner auf Distanz, „Die Zeit“ 22.05.2015; *Gipfel-Teilnehmer streiten über Bewertung der Krim-Krise*, „Süddeutsche Zeitung“ 21.05.2015;

⁵⁶ T. Pfützner, *Der Milliarden-Krimi im ärmsten Land Europas*, „Die Welt“ 27.08.2018; M. Potocki, Z. Parafianowicz, *Plahotniuc. Ballada o człowieku, który ukradł państwo*, „Gazeta Prawna“ 28.10.2016.

strafen zu belegen. Die Kontrollen auf dem Flughafen Chişinău wurden verstärkt, da man die Infiltration russischer Freiwilliger nach Transnistrien befürchtete⁵⁷.

Im Jahr 2016 übernahm Deutschland den OSZE-Vorsitz und erklärte, sich stärker für die Lösung des Transnistrien-Konflikts einzusetzen. Außenminister Steinmeier ernannte den erfahrenen deutschen Diplomaten Cord Meier-Klodt, den späteren deutschen Botschafter in Bukarest, zum Bevollmächtigten der OSZE für Transnistrien. Im Jahr 2014 fanden nur zwei der fünf geplanten Gesprächsrunden statt. Auch im Jahre 2015 haben die Spannungen zwischen den wichtigen Unterhändlern Russland und der Ukraine sowie die Schwäche der Funktionsmechanismen der OSZE im Osten der Ukraine die Organisation weiterer Treffen behindert. Erst am 3. Juni 2016 gelang es Außenminister Steinmeier, die Verhandlungen in Berlin im 5+2-Format wieder aufzunehmen. Viel Erfolg hatte er aber nicht, da auf beiden Seiten der Wille fehlte, aus der Sackgasse herauszukommen. So konnte nur ein Protokoll über technische Fragen unterschrieben werden, in dem kleine Projekte (u.a. zum Umweltschutz, zur Telekommunikation, gegenseitige Anerkennung von Universitätsdiplomen und privaten Autokennzeichen) die zwischenmenschlichen Kontakte auf beiden Seiten des Dnister erleichtern sollten⁵⁸.

Vom 25.-26. Juli 2016, während des deutschen OSZE-Vorsitzes, stattete Außenminister Steinmeier Chişinău und Tiraspol einen Besuch ab und forderte eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen beiden Seiten. Mit einem Erfolg rechnete er nicht, obwohl man die Öffnung der 1992 zerstörten Grenzbrücke über den Dnister zwischen Gura-Bicului und Bicioac in seiner Gegenwart als solchen bezeichnen könnte. Im Allgemeinen sollte seine Reise zeigen, dass die Deutschen nicht untätig sind und versuchen, Lösungen zu finden⁵⁹.

Im November 2016 wurde die erste direkte Präsidentschaftswahl in der Republik Moldau von Igor Dodon, einem früheren Kommunisten und dann Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, gewonnen, der seine pro-russischen Ansichten nie verheimlichte hatte. Als Präsident geriet er in Konflikt mit der prowestlichen Regierung, die von der Demokratischen Partei dominiert wurde. Der Präsident weigerte sich, vom Parlament verabschiedete Gesetze zu unterzeichnen. Er gewann an Popularität, weil er versprach, dass er Gespräche zur Aufhebung der russischen Sanktionen gegen moldauische Wein- und Lebensmittelprodukte und zur Beendigung der Schikanie moldauischer Gastarbeiter in Russland führen würde. Während seines Besuchs in Moskau im Januar 2017 sagte er, dass die Republik Moldau das Assoziierungsabkommen mit der EU zu voreilig unterzeichnet habe und er sich bemühen werde, dieses zu annullieren. In den folgenden Monaten argumentierte er, dass die EU-Hilfe gestoppt werden sollte, weil sie nur dazu diene, die Macht

⁵⁷ K. Büscher, *Der Transnistrienkonflikt im Lichte der Krise um die Ukraine*, [in:] S. Fischer (Hrsg.) „Nicht eingerechnet! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine“, „SWP-Studie“, Nr.13/2016, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13_fhs.pdf; *Chisinau in der russischen Zange*, Deutsche Welle, 1.06.2016, <https://www.dw.com/de/chisinau-in-der-russischen-zange/a-18490412>.

⁵⁸ *Transnistrien: Von einer gemeinsamen Vision weit entfernt*, Deutsche Welle, 1.07.2016.

<https://www.dw.com/de/transnistrien-von-einer-gemeinsamen-vision-weit-entfernt/a-19371025>.
<https://www.dw.com/de/transnistrien-stolperstein-oder-chance-fProzentC3ProzentBCr-die-republik-moldau/a-19305061>.

⁵⁹ *Steinmeier: Transnistrien-Konflikt mit kleinen Schritten lösen*, Deutsche Welle 26.07. 2016, <https://www.dw.com/de/steinmeier-transnistrien-konflikt-mit-kleinen-schritten-lProzentC3ProzentB6sen/a-19427737>.

der Oligarchen zu stärken. Er schloss alle Versuche aus, sein Land näher an die NATO heranzuführen. Sei Anti-Westernismus und seine Abneigung gegen die EU sollten den Grundstein für eine strategische russisch-moldawische Allianz legen⁶⁰.

Auf dem fünften Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 24. November 2017 in Brüssel wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die Fortsetzung der in Riga beschlossenen Maßnahmen angekündigt wurde. Es enthielt anerkennende Worte über die europäischen Bestrebungen der Ukraine, Moldawiens, Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans und Weißrusslands, aber es gab keine konkrete Aussage über eine mögliche europäische Perspektive eines dieser Länder. Traditionell sind Gegner einer solchen Perspektive Frankreich, Irland, Portugal, Spanien und die Niederlande, die nicht einmal Delegationen auf höchster Ebene entsandten. Die EU bekräftigte ihre Bereitschaft, die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und Souveränität aller ihrer Partner weiterhin zu unterstützen. Sie rief zu erneuten Anstrengungen auf, um eine friedliche und international kompatible Lösung für die offenen Konflikte in der Region zu finden⁶¹.

Drei Tage später, am 27. November, fand in Wien eine weitere Verhandlungsrunde im 5+2-Format statt. Während des Treffens bestätigten beide Seiten offiziell ihre bisherigen Vereinbarungen und verpflichteten sich, in den kommenden Monaten weitere wichtige bilaterale Fragen zu lösen, darunter die Einführung einheitlicher (für Moldau und Transnistrien) Kfz-Nummernschilder, mit denen auch in der separatistischen Region zugelassene Autos legal außerhalb der Grenzen Moldaus fahren können⁶².

Die schwierige innenpolitische Lage in Moldau, wo sich die pro-russischen und anti-EU-Reden von Präsident Dodon verschärfen, war der Grund für ein Treffen der EU-Außenminister am 26. Februar 2018. In seinen Schlussfolgerungen bekräftigte der Rat seine Bereitschaft, die politischen Bindungen und die wirtschaftliche Integration zwischen der EU und der Republik Moldau durch eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage des Assoziierungsabkommens zu stärken. Der Rat erinnerte daran, dass Freiheit und Pluralismus der Medien eine Voraussetzung für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft ist, und forderte Moldau auf, Reformen durchzuführen, die das Problem der Konzentration in der Eigentumsstruktur der Medien angehen sowie deren Freiheit und Pluralismus gewährleisten⁶³.

Es besteht kein Zweifel, dass die Präsenz russischer Truppen in Transnistrien eine große Bedrohung für die interne Stabilisierung Moldaus und für einen Durchbruch in den Verhandlungen über die Wiedereingliederung Transnistrien darstellte. Diese Präsenz soll die pro-westlichen Bestrebungen Moldaus blockieren, aber auch

⁶⁰ A.Miarka, *Stosunki moldawsko-rosyjskie w drugiej dekadzie XXI wieku*, „Przegląd Wschodnioeuropejski”, Nr. 1/2018, S.132;

⁶¹ *Szczyt Partnerstwa Wschodniego 2017: Razem możemy więcej*. Komisja Europejska - Komunikat prasowy, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/pl/IP_17_4845; *Szczyt Partnerstwa Wschodniego (24 listopada 2017)*, <https://www.consilium.europa.eu/pl/eapsummit/>.

⁶² K.Całus, *Naddniestrze wejdzie w skład Mołdawii? Kulisy porozumienia moldawsko-naddniestrzańskiego*, <https://www.eastbook.eu/2017/12/07/naddniestrze-wejdzie-w-sklad-moldawii-kulisy-porozumienia-moldawsko-naddniestrzanskiego/>.

⁶³ *Mołdawia: Rada przyjmuje konkluzje*. Rada Europejska. Rada Unii Europejskiej, <https://www.consilium.europa.eu/pl/press/press-releases/2018/02/26/moldova-council-adopts-conclusions/>.

die Ukraine und das nahe gelegene, zur NATO gehörende Rumänien in Schach halten. Die russischen Streitkräfte bestanden aus zwei Bataillonen (ca. 1.500-1.700 Soldaten) motorisierter Infanterie, von denen eines (ca. 400 Soldaten) auf der Grundlage eines Abkommens von 1992 als Friedenstruppe in Transnistrien stationiert ist. Die anderen russischen Soldaten gehörten der so genannten Operationsgruppe der russischen Armee an.

Wie bereits erwähnt, lehnte Russland Vorschläge zum Abzug seiner Truppen aus der separatistischen Republik systematisch ab oder ignorierte sie. Am 23. Juni 2018 lehnte es die UN-Resolution zu diesem Thema erneut ab. Als die Parlamentarische Versammlung der OSZE am 11. Juli 2018 eine Resolution über den „vollständigen Rückzug ausländischer Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau“ verabschiedete, verließ die russische Delegation aus Protest den Sitzungssaal⁶⁴.

Deutschland unterstützte beide Resolutionen. Auf der Website des Auswärtigen Amtes fand sich der Eintrag „Deutschland setzt darauf, mit Verhandlungen Bewegung in die Situation zu bringen. Das wichtigste Ziel: Die Souveränität und territoriale Unversehrtheit von Moldau bewahren und dabei der Region Transnistrien einen besonderen Status ermöglichen. Dafür unterstützt Deutschland die Vermittlerrolle der unabhängigen OSZE, in der auch Russland Mitglied ist“⁶⁵.

Bei den Parlamentswahlen in Moldawien am 24. Februar 2019 siegte die pro-russische Sozialistische Partei (PSRM), aber ohne über eine für die Regierungsbildung erforderliche Mehrheit zu verfügen. Unerwartet kam es zu einer Koalition mit dem pro-europäischen Block „Acum“ („Jetzt“) und der bislang regierenden Demokratische Partei (PMD). Der Chef der neuen Regierung, dem keine längere Amtszeit zugestanden wurde, wurde „Acum“-Führer Maia Sandu⁶⁶. Die Schaffung dieses recht exotischen Kabinetts wäre ohne externe Intervention nicht möglich gewesen. Am 3. Juni 2019 trafen der stellvertretende Premierminister Russlands und Vertreter des Präsidenten für Moldawien, Dmitri Kosak, der Vertreter des US-Außenministeriums für Osteuropa, Bradley Freden, und der Erweiterungskommissar der Europäischen Union, Johannes Hahn, in Chişinău zusammen. Beide hielten eine Reihe von Treffen mit moldauischen Politikern ab, die zu erneuten Koalitionsverhandlungen zwischen pro-russischen Sozialisten und ACUM führten. Sie endeten mit der Bildung einer neuen Regierung und dem Sturz der Allmacht von Vladimir Plahotniuc, der das Land am 14. Juni verließ. Die ihm ergebenden Richter des Verfassungsgerichts traten zurück.

Die neue Regierung hat sich für einen pro-europäischen Kurs entschieden und unterhält gleichzeitig gute Beziehungen zu Russland. Sie sieht den Kampf gegen die Korruption als ihre Hauptaufgabe an und kann dabei auf Unterstützung aus Brüs-

⁶⁴ UN-Vollversammlung fordert Abzug Russlands aus Transnistrien, „Die Zeit“ 23.06.2018; Zgromadzenie Parlamentarne OBWE uchwaliło rezolucję o wycofaniu rosyjskich sił pokojowych z Naddniestrza, <https://studium.uw.edu.pl/zgromadzenie-parlamentarne-obwe-uchwalilo-rezolucje-o-wycofaniu-rosyjskich-sil-pokojowych-z-naddniestrza/>.

⁶⁵ Vergessene Konflikte: Das sollten Sie über den „Transnistrien“-Konflikt wissen, Auswärtiges Amt 19.09.2018, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/moldau-node/transnistrien-konflikt/2138338>.

⁶⁶ M.Sieg, Regierungsumbildung in der Republik Moldau: Formalisierung der Koalition von PSRM und PDM, <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/regierungsumbildung-in-der-republik-moldau-formalisierung-der-koalition-von-psrm-und-pdm>.

sel und Berlin zählen. Die Europäische Kommission unterzeichnete rasch eine Vereinbarung über finanzielle Unterstützung in Höhe von 40 Millionen Euro (in der ersten Tranche 14,54 Millionen). Dabei sagte die Bundesregierung der moldauischen Regierung zusätzliche 14 Mio. Euro für bilaterale Entwicklungsmaßnahmen zu. Die Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit waren „Demokratie, Zivilgesellschaft, öffentliche Verwaltung und Dezentralisierung“ sowie die Förderung einer „Nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung“⁶⁷.

Am 16. Juli 2019 stattete Premierminister Maia Sandu Berlin einen Besuch ab. Bundeskanzlerin Merkel versprach, das moldauische Reformprogramm zu unterstützen. Sie habe Verständnis für die europäischen Bestrebungen von Chişinău, halte das Thema aber nicht für aktuell (*Ich sage weder Ja noch Nein am heutigen Tag*)⁶⁸.

Deutschland hat die nationale und wirtschaftliche Souveränität der Republik Moldau auf verschiedenen Ebenen unterstützt. Im Jahr 1991 entsandte es Konvois mit humanitärer Hilfe in ein Land, das sich in einem bewaffneten Konflikt mit Transnistrien befand. Seit 1992 hat Deutschland insgesamt über 133 Mio. Euro für die bilaterale Zusammenarbeit mit der Republik Moldau bereitgestellt. Deutschland ist nach Rumänien und Italien zum drittgrößten Handelspartner des Landes geworden. Im Jahr 2018 rangierte es bei den moldauischen Importen an fünfter und bei den Exporten an dritter Stelle. Vor allem die deutschen Direktinvestitionen im Bereich der Autoersatzteile haben allmählich zugenommen. Es gibt 400 deutsche Unternehmen, die in Moldau Geschäfte machen. Die deutsche Regierung hat Postgraduierten- und Managementstudien für etwa 300 junge Moldawier finanziert. Dank der Kooperation mit dem Auswärtigen Amt öffneten sich deutsche Stiftungen 2007 für die Zusammenarbeit mit Moldau, darunter die Volkswagen-Stiftung, die Gerda-Henkel-Stiftung, die Hertie-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie setzten sich für die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Achtung der Menschenrechte ein. Es wurden Schulungen für unabhängige Journalisten und Aktivisten der Bürgerbewegung organisiert⁶⁹.

Auch die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Moldau und Deutschland wurden intensiviert. In Chişinău gibt es eine DAAD-Vertretung, die gemeinsam mit der Alexander-von-Humboldt-Stiftung Studien- und Studienaufenthalte an deutschen Hochschulen organisiert. Fünf moldauische Schulen sind Teil des *PASH-Programms - Schulen, Partner der Zukunft*. Das Goethe-Institut hat in der Stadtbibliothek in Chişinău einen Lesesaal mit deutschen Sammlungen eröffnet. Im Jahr 2005 nahm das Moldova-Institut Leipzig e. V. unter der Leitung des

⁶⁷ *Moldau: Beziehungen zu Deutschland*, AA, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/moldau-node-/201938>.

⁶⁸ *Reformen "aus ganzem Herzen" unterstützen*, Bundeskanzlerin, 16.07.2019, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/merkel-empfaengt-sandu-1648018>; *Merkel: Noch keine EU-Perspektive für Moldau*, Deutsche Welle, 16.07.2019, <https://www.dw.com/de/merkel-noch-keine-eu-perspektive-fProzentC3ProzentBCr-moldau/a-49614306>.

⁶⁹ *13. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik Berichtszeitraum 1. Oktober 2016 bis 30. September 2018*, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2280742/640affab15c196941ae8a8541530155e/mrb-13-data.pdf>; *Moldau: Beziehungen zu Deutschland*, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/moldau-node-/201938>.

bekanntem Romanisten Professor Klaus Bochmann seine Tätigkeit auf. Er machte Moldau in Deutschland populär und versucht, sich für die Lösung des Transnistrien-Konflikts einzusetzen. Einen ähnlichen Charakter hat das Deutsch-Moldauische Forum, das seit 2009 in Deutschland tätig ist, mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu an der Spitze. Der Verein zur Förderung der kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit Moldawien-Deutschland in Württemberg unterstützt finanziell eine kleine europäische Universität in Chişinău⁷⁰.

Die neue Koalition, die sowohl den Interessen Russlands und als auch jenen der Europäischen Union Rechnung trägt, wurde in Brüssel, von den USA, der NATO und dem Internationalen Währungsfonds positiv aufgenommen. Leider existierte diese Regierung nicht lange. Ein Streit über das Verfahren zur Ernennung von Kandidaten für den Posten des Generalstaatsanwalts am 19. November 2019 führte zum Zusammenbruch der Regierung Sandu, nachdem die pro-russische Sozialistische Partei (PRSM) die Koalition verlassen hatte.

Die neue moldauische Minderheitsregierung unter Führung des formal parteilosen Ion Chicu wird in Wirklichkeit von Präsident Dodon und der PSRM kontrolliert. Die Machtübernahme durch diese Partei bedeutete einen Reformstopp, eine Verschlechterung der Beziehungen zum Westen und die Einstellung der Ermittlungen wegen Korruption. Die von der Regierung und Präsident Dodon erklärte multisektorale Politik, gute Beziehungen sowohl zu Russland als auch zur EU zu unterhalten, verstärkte in der Praxis den Einfluss des Kremls in Moldau⁷¹.

Deutschland und die EU unterstützen weiterhin einen pro-europäischen Kurs Moldaus und versuchen, das Land vor einem Abdriften in Richtung Russland zu bewahren. Dies scheint aber zum Scheitern verurteilt. Die Regierung von Bundeskanzlerin Merkel, die in Moskau immer noch einen schlechten Ruf genießt, weil sie die Sanktionspolitik der EU wegen der Ukraine unterstützt, wollte durch die völlige Nichteinmischung der deutschen Öffentlichkeit in den Transnistrienkonflikt keine zusätzlichen Schwierigkeiten in ihren Kontakten mit den Russen verursachen. Auf der anderen Seite finden sich die Bürger sowohl Moldaus als auch Transnistriens in dem Wissen, dass eine EU-Mitgliedschaft keine Option ist, gut in der bestehenden Realität wieder. Pro-europäische Demokraten und pro-russische Sozialisten sind gleichermaßen korrupt, diskreditiert und oft durch eine Vielzahl von Unternehmen miteinander verbunden. Ein großer Teil der politischen Klasse strebt keine EU-Mitgliedschaft an, da dies die Notwendigkeit von Reformen und größerer Transparenz bedeuten würde, die ihren finanziellen Interessen schaden würden. Obwohl sich einige seiner weiteren und näheren Nachbarn auf einem ähnlichen Entwicklungsstand wie die Republik Moldau befinden (Albanien, Montenegro und Nordmazedonien sind Mitglieder der NATO geworden), ist fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes gegen einen NATO-Beitritt, da sie weiß, dass dies

⁷⁰ Moldova Institut Leipzig, <https://www.moldova-institut.org/institut>; Deutsch-Moldauisches Forum, <http://www.deutsch-moldauisches-forum.de/>; Chişinău Moldaus Schaltzentrale, https://www.mannheim.de/sites/default/files/page/1314/text_chisinau.pdf.

⁷¹ K. Całus, *Pozorna wielowektorowość. Mołdawia pod rządami socjalistów*, „Komentarze OSW”, Nr. 321/2020, <https://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/komentarze-osw/2020-02-28/pozorna-wielowektorowosc-moldawia-pod-rzadami-socjalistow>.

in Moskau negativ wahrgenommen würde, und ein solcher Schritt zugleich der Neutralitätsklausel der Verfassung widersprechen würde⁷².

Paradoxerweise ist der größte Befürworter der transnistrisch-moldauischen Verbindung im Jahr 2020 aber Russland geworden. Es erkannte die Unabhängigkeit dieser separatistischen Republik nicht an, behält sich aber vor, dass eine Wiedervereinigung zu russischen Bedingungen erfolgen müsse. In einer undefinierten Föderation, die pro-russisch und von russischen Diensten gefiltert ist, würde Transnistrien über die moldauische Außenpolitik mitentscheiden, was jeden Versuch einer Integration in die NATO oder die EU blockieren würde. Darüber hinaus müsste Russland de facto kein kostenloses Gas nach Transnistrien schicken und würde damit seinen Haushalt entlasten. Die Last der Aufrechterhaltung der Stabilität dieser Region würde auf die Schultern der Republik Moldau verlagert⁷³.

Es besteht kein Zweifel, dass sich in Europa kaum jemand an den eingefrorenen Konflikt um Transnistrien erinnert. Nach einer kurzen Zeit des bewaffneten Kampfes Anfang der 1990er Jahre akkumulierte sie keine internationalen Spannungen mehr, damit verschwand die internationale öffentliche Aufmerksamkeit. Das Ausbleiben physischer Gewaltakte und kleinere wirtschaftliche und rechtliche Spannungen haben die westliche Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen Transnistriens gefördert. Deutschland konnte es als Erfolg seiner beharrlichen Bemühungen werten, die Vertreter beider Regierungen zu Verhandlungen zu bewegen und durch Abkommen zwischen Chişinău und Tiraspol zum Abbau der Spannungen zwischen beiden Konfliktparteien beigetragen zu haben.

Prof. Dr. Bogdan Koszel ist Historiker und Politikwissenschaftler, Professor an der Fakultät für Politische Wissenschaften und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, Leiter der Abteilung für Deutschlandforschung und Chefredakteur des „Jahrbuches der Europäischen Integration“. Mitbegründer und Mitglied des Beirates der Zeitschrift „WeltTrends“, Senior Research Fellow des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik. Kontakt: bogdan.koszel@amu.edu.pl.

⁷² *Moldawia: Większość obywateli przeciw przystąpieniu do NATO*, „Rzeczpospolita” 23.09.2019.

⁷³ Vgl. K. Całus, *Moldawia. Państwo niekonieczne*, Wołowiec 2020.